

4400/J XX.GP

der Abgeordneten Johann Schuster
und Kollegen

an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
betreffend Pflegegeld

Mit der Einführung des Bundespflegegeldgesetzes im Juli 1993 wurden erstmals bundesweit einheitliche Leistungen eines 7 - stufigen Pflegegeldes eingeführt.

Außerdem wurde damit europaweit erstmals in umfassender Weise eine Maßnahme gesetzt, die es ermöglicht, auch der Arbeit betreuender Angehöriger gerecht zu werden.

Dies ist gerade für Österreich bedeutsam, da bei uns mehr als 80 % der betreuungsbedürftigen Personen über 60 Jahre zu Hause gepflegt werden. Dies wäre ohne die selbstlose Mithilfe der Angehörigen nicht in diesem Ausmaß denkbar.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales folgende

ANFRAGE:

- 1.) Weniger Heimpflege und mehr Pflege im Familienverband fördert nicht nur das subjektive Wohlbefinden der Pfleglinge sondern bewirkt auch langfristig eine Kostenreduktion für das Budget. Was unternehmen Sie, um die Pflege im Familienverband auch in Zukunft sicherzustellen?
- 2.) Welche Initiativen zur Angehörigenbetreuung und -schulung bzw. Aus - und Weiterbildung für Pflegepersonen und deren beruflichen Wiedereinstieg werden von Ihnen unterstützt bzw. gefördert?
- 3.) Welche Maßnahmen werden von Ihnen gesetzt, um die kurzfristige Entlastung der Betreuungspersonen sowie eine Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung der Pflege durch Tagespflegemöglichkeiten, ambulante soziale Dienste usw. zu erreichen?
- 4.) Wie stehen Sie zu dem Vorschlag einer Einführung eines sozialen Unfallversicherungsschutzes für Pflegepersonen durch eine Zusatzversicherung nach dem Vorbild des § 22 ASVG, wie sie für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren oder der Landesverbände des Österreichischen Roten Kreuzes vorgesehen ist? Mit einem Beitrag von S 16,- pro Monat, den der Bund verdoppelt, könnte ein umfassender Unfallversicherungsschutz geschaffen werden, zumal die qualifizierte Pflege ebenfalls eine öffentliche Aufgabe ist und die Pflegepersonen erhöhten Unfallgefahren ausgesetzt sind.

5.) Laut einer aktuellen Studie (Analyse der Auswirkungen des Pflegevorsorgesystems, Prof Badelt) reicht das Pflegegeld besonders in den unteren Pflegegeldstufen nur in geringem Ausmaß zur Abdeckung des Betreuungsaufwandes aus. Dadurch werden diese Pflegegeldbezieher stärker mit ihrem Einkommen zur Pflegesicherung herangezogen. Welche Verbesserungen zum Abbau dieser Unterdeckung werden von Ihrem Ressort überlegt?

6.) Wie teuer ist ein durchschnittlicher Pflegeplatz in den einzelnen Bundesländern in Alten - oder Pflegeheimen?

7.) Durch den steigenden Bedarf von Heim - und Hauskrankenpflege ergibt sich künftig in diesem Bereich ein enormes Beschäftigungspotential. Wie reagieren Sie auf diese positive Entwicklung für den Arbeitsmarkt, um dauerhaft Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich zu fördern?

8.) Laut Prognosen könnte sich die Zahl betreuungsbedürftiger Personen in Österreich bis zum Jahre 2030 aufgrund demographischer Entwicklungen auf bis zu 959.851 Personen nahezu verdoppeln. Gleichzeitig ist mit einer geringeren Verfügbarkeit familiärer Hilfsstrukturen zu rechnen. Welche Maßnahmen werden von Ihrem Ministerium gesetzt, um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen?